

Bericht

des Gleichbehandlungsausschusses

über den Antrag 279/A(E) der Abgeordneten Sabine Schatz, Mag. Dr. Juliane Bogner-Strauß, Henrike Brandstötter, Kolleginnen und Kollegen betreffend Informationsoffensive zum Schutz vor K.O.-Tropfen

Die Abgeordneten Sabine **Schatz**, Mag. Dr. Juliane **Bogner-Strauß**, Henrike **Brandstötter**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 22. Mai 2025 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Unter dem Begriff K.O.-Mittel werden Drogen subsumiert, die in geringer Dosis stimulierend und enthemmend, in höherer Dosierung betäubend und einschläfernd wirken. Es handelt sich dabei um geschmacksneutrale Substanzen, die heimlich Getränken beigemischt werden, um vor allem Frauen wehrlos zu machen, sie zu berauben oder zu vergewaltigen. Diese Form der Gewalt nimmt zu und ist aus verschiedenen Gründen besonders gefährlich. K.O.-Tropfen sind zwar gesetzlich verboten, dennoch floriert der Handel im Internet.

Am 23. April 2025 hat die Bundesregierung die Erstellung eines Nationalen Aktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen als Bekenntnis zu Gewaltprävention und Gewaltschutz im Ministerrat beschlossen. Im Doppelbudget 2025/2026 sind dafür rund 18 Millionen Euro vorgesehen. Lt. Ministerratsvortrag werden unter anderem die Empfehlungen des GREVIO-Komitees sowie des Rechnungshofes einbezogen.

Im aktuellen Bericht¹ empfiehlt GREVIO der österreichischen Bundesregierung *„dringend, ihre Bemühungen zur Förderung von Bewusstseinsbildungskampagnen und -programmen in Bezug auf die verschiedenen Erscheinungsformen aller Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, die unter die Istanbul-Konvention fallen, fortzusetzen und den Fokus dabei nicht nur auf häusliche Gewalt und sexuelle Belästigung, sondern auch auf andere Gewaltformen zu legen, insbesondere auf sexualisierte Gewalt und Vergewaltigung. Weiters sollten Kampagnen zur Bewusstseinsbildung auch Informationen zum Angebot an allgemeinen und spezialisierten Einrichtungen für Opfer inkludieren, wie z.B. Gewaltschutzzentren, Frauenhäuser, Krisenzentren für Opfer von Vergewaltigung und sexueller Gewalt, und erforderlichenfalls wiederholt werden. Außerdem sollte eine Evaluierung des Effekts dieser Kampagnen erfolgen. (Schlussfolgerung 8)“*

¹ <https://www.coordination-vaw.gv.at/nachrichten/grevio-bericht-und-oesterreichische-stellungnahmen.html>

Es bleibt daher weiterhin eine gesamtstaatliche Aufgabe, auch im Rahmen des geplanten Nationalen Aktionsplans sexualisierte Gewalt insbesondere mit Fokus auf K.O.-Tropfen zu bekämpfen und so das Schutzniveau zu erhöhen.“

Der Gleichbehandlungsausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 3. Juni 2025 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer der Berichterstatterin Ausschussobfrau Abgeordnete Sabine **Schatz** die Abgeordneten Mag. Meri **Disoski**, Henrike **Brandstötter**, Mag. Dr. Juliane **Bogner-Strauß**, Rosa **Ecker**, MBA, Mag. Verena **Nussbaum**, Mag. Katayun **Pracher-Hilander** und Markus **Leinfellner** sowie die Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung Eva-Maria **Holzleitner**, BSc.

Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Entschließungsantrag der Abgeordneten Sabine **Schatz**, Mag. Dr. Juliane **Bogner-Strauß**, Henrike **Brandstötter**, Kolleginnen und Kollegen einstimmig beschlossen.

Im Zuge der Debatte haben die Abgeordneten Mag. Meri **Disoski**, Kolleginnen und Kollegen einen selbständigen Entschließungsantrag gem. § 27 Abs. 3 GOG-NR betreffend Informationsoffensive zum Schutz vor K.O.-Tropfen eingebracht, der nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit fand (**für den Antrag**: G, **dagegen**: F, V, S, N).

Zur Berichterstatterin für den Nationalrat wurde Abgeordnete Mag. Verena **Nussbaum** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Gleichbehandlungsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle die **angeschlossene Entschließung** annehmen.

Wien, 2025 06 03

Mag. Verena Nussbaum

Berichterstattung

Sabine Schatz

Obfrau